

Hinweise für Flüchtlinge

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Förderung eines Studiums durch das BAföG ist für Flüchtlinge, ob sie die persönlichen Voraussetzungen des § 8 BAföG (Staatsangehörigkeit) erfüllen. Das BAföG differenziert hierbei zwischen Deutschen, Unionsbürgern und anderen Ausländern. Flüchtlinge zählen zu der letzten Fallgruppe.

Wer bislang lediglich einen Asylantrag gestellt hat - eine Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge jedoch noch nicht vorliegt - kann kein BAföG erhalten.

Während der Bearbeitung eines Asylantrags, die von wenigen Wochen bis zu mehreren Monaten oder Jahren dauern kann, erhalten Asylanten lediglich eine Aufenthaltsgestattung (und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz).

Wenn Flüchtlinge ihren ständigen Wohnsitz im Inland haben und bereits über eine Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen verfügen, sind die persönlichen Voraussetzungen des § 8 BAföG erfüllt und die Personen können bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen BAföG erhalten.

Der jeweilige Aufenthaltstitel kann übrigens einfach und unmittelbar aus den aufenthaltsrechtlichen Dokumenten und Bescheinigungen entnommen werden. Sofern ein Aufenthaltstitel nach §§ 22, 23 Absatz 1, 2 oder 4, §§ 23a, 25 Absatz 1 oder 2, §§ 25a und 25b, 28, 37, 38 Absatz 1 Nummer 2, den §§ 104a, 104c oder als Ehegatte oder Lebenspartner oder Kind eines Ausländers mit Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalts-EU nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) eine Aufenthaltserlaubnis nach § 30 oder den §§ 32 bis 34 oder § 36 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes besitzen, sind die persönlichen Voraussetzungen des § 8 BAföG ohne weitere Bedingungen erfüllt.

Darüber hinaus können auch Flüchtlinge mit einem Abschiebeverbot BAföG erhalten. Dies gilt ebenso, wenn die Ausreise nicht vollziehbar oder aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist. Allerdings nur dann, wenn Sie sich seit mindestens 15 Monaten in Deutschland ununterbrochen rechtmäßig, gestattet oder geduldet aufhalten. Wer also eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3, Absatz 4 Satz 2 oder Absatz 5, § 31 des Aufenthaltsgesetzes oder als Ehegatte oder Lebenspartner oder Kind eines Ausländers mit Aufenthaltserlaubnis eine Aufenthaltserlaubnis nach § 30 oder den §§ 32 bis 34, § 36 Absatz 2 oder § 36a des Aufenthaltsgesetzes innehat, erfüllt in Verbindung mit dem genannten Aufenthalt auch die persönlichen Voraussetzungen.

Ein Großteil der Flüchtlinge wird jedoch keinen Aufenthaltstitel vorweisen können; eine Abschiebung wird nur vorübergehend ausgesetzt. Auch diese sogenannten geduldeten Ausländer (§ 60a AufenthG) können eine Förderung durch das BAföG erhalten, wenn Sie sich seit mindestens 15 Monaten ununterbrochen rechtmäßig, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet aufhalten.

Praxishinweis: Der jeweilige Aufenthaltstitel kann unmittelbar aus den aufenthaltsrechtlichen Dokumenten und Bescheinigungen entnommen werden. Durch einen einfachen Abgleich, ob die zugrundeliegende aufenthaltsrechtliche Norm im § 8 BAföG aufgeführt ist, können die persönlichen Voraussetzungen unproblematisch selbst vorab geprüft werden.